

XVIII/158

Bonn, den 21. August 1963

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
- 2	Der Weg zum Vertrag von Moskau ----- Atomverseuchung wurde lange Zeit bagatellisiert Von Professor Dr. Karl Bechert, MdB	96
4	----- Nachrichten aus Paris . . . ----- Durchsichtige Kanöver	42
4	----- "Kurs halten, Bremen voran!" ----- Stadtstaat Bremen wählt am 29. September	49
8	----- Die Krise in Algerien ----- Kann sich Ben Bella durchsetzen? Von einem diplomatischen Mitarbeiter	60
6	----- Eine Kehrseite des Fortschritts ----- 150 Millionen Opfer der Eiharzia (Wurmkrankheit) Von Bruno Käster, Genf	48

Chefredakteur Günter Markscheffel

Der Weg zum Vertrag von Moskau

Atomverseuchung wurde lange Zeit bagatellisiert

Von Professor Dr. Karl Bechert, MdB

Bei der innerdeutschen Diskussion über den Moskauer Atomteststopp-Vertrag ist ein Argument, das für dieses Abkommen spricht fast völlig in den Hintergrund getreten: Die Tatsache, daß durch die Moskauer Vereinbarung zunächst Millionen Menschen von der Angst befreit werden, durch weitere Atomwaffenversuche in der Luft und auf dem Wasser der zunehmenden Verseuchung ausgesetzt zu sein. Der SPD-Vorsitzende Erich O l l e n h a u e r erinnerte daran in seiner Erklärung zur Unterzeichnung des Abkommens durch die Bundesregierung mit den Worten: "Die SPD ist der Auffassung, daß die Menschen vor weiteren Schädigungen durch die frei werdende Radioaktivität bei Testversuchen bewahrt wird." - Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Karl B e c h e r t schildert in dem folgenden Artikel die zahlreichen Versuche, die leider auch von der Bundesregierung gemacht wurden, um die Gefahren der radioaktiven Verseuchung durch Atomwaffenversuche zu bagatellisieren.

Die Redaktion

* * *

Es begann mit dem Versuch, die Tagung des Verbandes Deutscher Physikalischer Gesellschaften im September 1955 zu einer EntschlieBung zu bewegen, welche vor der zunehmenden radioaktiven Verseuchung der Niederschläge und der Lebensmittel warnen sollte. Der Versuch mißlang. Einer der angesehensten deutschen Physiker meinte spöttisch, den radioaktiven Blumenkohl werde er gerne essen. . .

Es blieb kein anderer Weg, als durch Vorträge und Reden die Öffentlichkeit zu alarmieren, die Wissenschaftler an ihre Verantwortlichkeit zu mahnen, der Welt die Wahrheit zu sagen und vor dem Wahnsinn des Wettrüstens und des Atomkrieges zu warnen.

Die Wirkung war erstaunlich und recht verschieden. Das Atomministerium, damals unter Herrn Franz Josef S t r a u s s , bemühte sich, zu verharmlosen, die Warnungen als falsch zu bezeichnen und die Warner lächerlich zu machen. Auf die Warnung, daß zunächst besonders die Menschen gefährdet seien, die Regenwasser als Trinkwasser verwenden müssen, erklärte die Bundesregierung, es seien ja nur einige wenige Höfe im Hochschwarzwald, die noch Regenwasser als Trinkwasser verwenden. Selbst wenn dies nicht grob unrichtig gewesen wäre, hätte es die Bundesregierung doch als ihre Pflicht erkennen müssen, für gefährdete Menschen in ihrem Staatsgebiet zu sorgen, auch wenn es nur wenige sein sollten.

Herr Strauss ließ verkünden, eine Wasserstoffbombe habe nicht mehr Energie in sich als ein gewöhnliches Gewitter, womit gesagt sein sollte, daß sie auch nicht gefährlicher sei als ein Gewitter.

Als der Bayerische Senat - er ist eine Art "Ältestenrat" Bayerns - die Bundesregierung aufforderte, bei den Atomwächtern auf Einstellung der Versuche zu drängen, gab Herr von B r e n t a n o , damals Außenminister, die zwar richtige, aber dreiste Antwort: die Bundesrepublik macht keine Atomwaffenversuche!

In vielen Ländern entstanden Bewegungen, Bünde gegen die Atomgefahr. Wissenschaftler standen auf und warnten öffentlich. Es kam die Öttinger Erklärung im April 1957 mit ihrer Absage an eine atomare Beauftragung der Bundesrepublik. Herr Adenauer machte sich im Bundestagswahlkampf über den Mainzer Professor lustig, der vor den Gefahren der Atomwaffenversuche und dem Wahnwitz der Atomrüstung warnte.

Die Großmächte aber einigten sich, eine Wissenschaftlerkonferenz einzuberufen, die Vorschläge für die Einstellung der Atomwaffenversuche auszuarbeiten sollte. Man wählte Wissenschaftler aus, die genauestens über den atomaren Rüstungsstand ihres Landes Bescheid wußten; sie waren es meist selbst gewesen, die den Politikern und Militärs erst die Waffen gegeben hatten. Die Wissenschaftler einigten sich bald und legten ihren Vorschlag vor. Dann kamen die Politiker dran und sollten sich ebenfalls einigen, wie das in die politische Wirklichkeit zu übersetzen wäre, was die Wissenschaftler als technisch ausführbar und als militärisch für West und Ost annehmbar befunden hatten.

Es mißlang kläglich, jede Seite mißtraute der anderen und suchte sie andere zu übervorteilen. Gab die eine Seite nach, so erhöhte die andere ihre Forderungen. Die Pugwash-Konferenzen vereinigten Wissenschaftler aus West und Ost und machten Vorschläge zur Überwachung.

Durch die weitergehenden Atomwaffenversuche stieg die radioaktive Verseuchung der Luft, der Niederschläge, der Nahrungsmittel, vor allem in den gemäßigten Breiten der nördlichen Halbkugel. Allmählich ahnte man auch bei uns, daß es sich um eine ernsthafte Sache handeln könnte. Die Bundesregierung gab Berichte über die Kontaminierung (Verseuchung) unserer Umwelt heraus; zunächst gefärbte, indem sie nur davon sprach, was in absehbarer Zeit keine Gefährdung bedeuten konnte. Allmählich aber wuchs das Bemühen, korrekte Rechenschaft zu geben.

Es kam die Kubakrise und die Einsicht, daß man sich besser zu einigen sucht als mit Atomwaffen "Politik" zu machen. Der amerikanische Außenminister Rusk meinte, nachdem er in Moskau unterzeichnet hatte, die Gefahr der radioaktiven Verseuchung für die Erdbevölkerung werde, wenn der Vertrag eingehalten wird, gebannt werden. Die Verseuchung mit den gefährlichsten Stoffen wird noch erhalten, im ganzen werden sogar noch längere Zeit ansteigen und dann erst endgültig abnehmen - wenn der Vertrag eingehalten wird, was alle Vernünftigen auf der Erde hoffen.

Zur Zeit sieht es in der Bundesrepublik mit der Verseuchung so aus: der Mittelwert der Strontium-90-Verseuchung im Regenwasser betrug in der Zeit von Juli 1962 bis Juni 1963 das 5,3-fache der Menge, die im Trinkwasser vom amerikanischen Gesundheitsamt (US Health Office) für höchstzulässig angesehen wird, wenn man solches Trinkwasser dauernd verwendet. Bekanntlich zeigt sich die Verseuchung auch in anderen Nahrungsmitteln und sie kann körperliche und Erbschäden hervorrufen. Kleinkinder sind durch die Milchverseuchung besonders gefährdet.

Frauen wir uns, daß sogar im Streit zwischen West und Ost die Vernunft einen Sieg davongetragen hat! Ohne die zähe und mühevolle Aufklärungsarbeit vieler Wissenschaftler über die Wirklichkeit der Gefahren der Atomrüstung wäre der Moskauer Vertrag nicht zustande gekommen.

21. August 1963

Meldungen aus Paris ...

Durchsichtige Manöver

sp - Ein deutscher Korrespondent, der von Paris aus mehrere Zeitungen in der Bundesrepublik mit Nachrichten und Kommentaren bedient, hat dieser Tage eine Meldung in die Welt gesetzt, die darauf schließen läßt, daß innerhalb der CDU - möglicherweise im Zusammenspiel mit gallistischen Kreisen in Paris - Bundesaussenminister Schröder unter Beschuß genommen werden soll. In der aus P a r i s datierten Meldung heißt es u.a.:

- * Aus dem Bundeskanzler nahestehenden Unionskreisen war
- * zu hören, daß sich Adenauer von verschiedenen politi-
- * schen Entscheidungen des Außenministers übergeben
- * und brüskiert fühle. Der Bundeskanzler hat CDU-Poli-
- * tikern seine Enttäuschung über die Entwicklung des
- * ausserpolitischen Kurses anvertraut. Dabei habe beson-
- * dere die Ostpolitik Kennedys, die von Schröder rückhalt-
- * los unterstützt werde, die besonderen Bedenken Adenauers
- * hervorgerufen.

Derselbe Korrespondent meldet, "gut informierte diplomatische Quellen in P a r i s" hielten es nicht für ausgeschlossen, daß sich die Regierungschefs der Sowjetunion, der USA und Englands anlässlich der Herbsttagung der UKO-Vollversammlung in New York treffen.

Dem durchschnittlichdeutschen Zeitungsleser, der solche Meldungen aus P a r i s liest, wird kaum bewußt sein, was hier gespielt wird. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der frühere Bundesausserminister Heinrich von Brentano nach wie vor über einflußreiche Freunde in der französischen Politik verfügt, die es sich an gelegen sein lassen, die Position des jetzigen Bundesaussenministers Schröder nicht allzu stark werden zu lassen. So werden dann auf den Umweg über P a r i s - Meldungen lanciert, die dazu beitragen können, das Verhältnis des Bundesaussenministers zum Bundeskanzler zu trüben. Interessanterweise ist nämlich in Bonn selbst bis jetzt nicht einmal von den Herrn Schröder durchaus nicht gewogenen CDU-Politikern behauptet worden, er habe den Bundeskanzler "übergangen und brüskiert".

Es gibt nur e i n e Erklärung für derartige aus P a r i s lancierte Meldungen: man will ganz offensichtlich das Spiel mit der Fragestellung "Wählen zwischen de Gaulle und Kennedy" weiterreiben und nach Möglichkeit zu einem Bestandteil der deutschen Politik machen. Zum Glück haben bis zur Stunde derartige Versuche noch keinen großen Erfolg gehabt. Es wird aber gut sein, sie zu registrieren und weiter zu beobachten, um nicht überrascht zu sein, wenn sich eines Tages plötzlich zeigen sollte, daß bei den Regierungsparteien eine solche Fragestellung überhaupt eine Rolle spielt.

+ * +

"Kurs halten, Bremen vorn!"

sp - Am 29. September wird die Bevölkerung des kleinsten Bundeslandes, des Stadtstaats Bremen, ihre neue Bürgerschaft wählen. In Bremen, wo Sozialdemokraten seit Kriegsende praktisch ununterbrochen regieren, kommt es darauf an, ihre absolute Mehrheit noch weiter auszubauen. Am 11.10.1959 ergab die Bürgerschaftswahl für die SPD bereits 51 Sitze, während auf BHE/DP 16 und die gleiche Mandatszahl auf die CDU entfielen und die FDP sieben Sitze erobern konnte.

Die SPD-Werbung wird darauf abgestellt sein, weitere Bevölkerungs- und Berufsschichten zu gewinnen. So denkt man an Veranstaltungen für bestimmte Wählergruppen und an öffentlich aufgestellte Fernsehapparate, in denen die Aufbauarbeit mit Hilfe von Farbdiass dargestellt werden. Aber auch große Wahlveranstaltungen mit Bürgermeister Kaisen, Willy Brandt, Herbert Wehner und Dr. Dr. Heinemann werden nicht fehlen. Die CDU will die Bundesminister Erhard, Schröder, von Hassel und Lübke ins Treffen schicken, und die FDP will mit ihren Ministern Bahngürtel und Scheel aufwarten. Es kann also davon ausgegangen werden, daß in dem kleinsten Bundesland ein großer Wahlkampf geführt wird.

Im Vordergrund der SPD-Werbung stehen natürlich die eindrucksvollen Leistungen im Interesse der Bevölkerung der alten traditionsreichen Hansestadt. Mit der Höhe des Einkommens je Einwohner rangiert Bremen nach dem gleichfalls sozialdemokratisch regierten Hamburg unter den Bundesländern an zweiter Stelle. In der Bautätigkeit steht die Stadt, bezogen auf die Einwohnerzahl, an erster Stelle. Auch hinsichtlich der Industriebeschäftigten, der genehmigten und gebauten Wohnungen und mancher anderen Zahlen, die das eindrucksvolle Aufbauergebnis demonstrieren, liegt Bremen vorn. So ist es nur natürlich, daß die SPD in Bremen mit den beiden Slogans "Kurs halten, Bremen vorn!" und "Bremen vorn, SPD vorn!", um die Stimmen der Wahlberechtigten des Stadtstaates mit seinen rund 720 000 Einwohnern werben wird.

Bis zur nächsten Bundestagswahl werden nach Bremen nur noch Baden-Württemberg und das Saarland wählen. Seit der letzten Bundestagswahl haben die Sozialdemokraten überall angezogen, wie aus einem Zwischenergebnis für die 134 Mandate in den elf Bundesländern hervorgeht. Mit 647 von diesen Mandaten nähert sich die SPD nur der absoluten Mehrheit. In vier Ländern hat sie bereits die absolute und in einem Land die einfache Mehrheit und regiert in Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen. In allen anderen Bundesländern liegt die SPD zum Teil nur ganz knapp hinter der CDU.

Auf die CDU entfallen jetzt 430 und auf die CSU 168 Sitze der elf Länder, während die FDP/DVP 118 Mandate für sich bucht. Der Trend zum Drei-Parteien-System ist bei den letzten neun Landtagswahlen unübersehbar geworden, denn auf die drei großen Parteien SPD, CDU/CSU und FDP kommen nunmehr 1303 der 1341 Mandate. Alle anderen Parteien liegen weit hinten und sind abgeschlagen worden. Der Trend zur Sozialdemokratie und zum Drei-Parteien-System wird sich zweifellos auch in Bremen und dann in Baden-Württemberg und im Saarland fortsetzen. Dann aber würde sich das Gewicht der Sozialdemokratie bei der Wahl eines neuen Bundespräsidenten vergrößern.

Die Krise in Algerien

Von einem diplomatischen Mitarbeiter

Ohne Zweifel wird Ben Bella in Massenversammlungen oder Ansprachen auf öffentlichen Plätzen derzeit noch keine Einbuße erleiden. Er spricht die Sprache des Volkes, er spricht das algerische Arabisch, er spricht oft und gerne vom "Algerischen Sozialismus", unter dem sich die hungernden und arbeitslosen Massen sehr einfach die Lösung ihrer unmittelbaren Probleme vorstellen. Noch wirkt das nationale Empfinden zu seinen Gunsten. Erwacht aus dem Dasein des ewig und überall rechtlosen "Eingeborenen", akzeptiert der durchschnittliche Algerier ohne große Kritik alles, was im Namen des neuen, des freien und unabhängigen Algerien geschieht.

Die politischen Parteien des französischen Algerien - mit Ausnahme der französischen Parteien - waren seit den dreißiger Jahren stets illegal oder halblegal, zudem meist von Polizeispitzeln durchsetzt. Nicht so sehr Massenpartei wie die seinerzeitige Algerische Volkspartei (PPA) aber wieder moderner in ihrem westlichen Denken und in sich geschlossener war damals die Union der Freunde des Algerischen Manifest (ISDMA).

Ihr Vorsitzender und Begründer hieß Ferhat Abbas. Er und seine Freunde spielten in der Exilregierung in Tunis während der Befreiungskrieges eine bedeutende Rolle, bis der junge Ben Chedda ihn als Ministerpräsidenten dieser Exilregierung verdrängte. Dieser Zwist führte Ben Abbas zu dem verhängnisvollen Irrtum, sich nach der Unabhängigkeit der sogenannten "Flenzen-Gruppe" anzuschließen. Von Flenzen aus rückte der Oberst Bumedien mit seiner in Marokko ausgebildeten Truppe, die seinen Kampf mit den Franzosen hatte, gegen Algier vor. Er hatte leichtes Spiel, ein Minimum von öffentlicher Ordnung herzustellen und damit dem redegevändten Ben Bella den Weg zur Macht zu ebener. Der Bruderkampf war unpopulär. Die Partisanen, die den eigentlichen Befreiungskrieg geführt hatten, lösten sich auf oder gliederten sich ein. Ben Chedda, der als Chef der Exilregierung den Oberst Bumedien abberufen hatte, aber keine Machtmittel zur Verfügung hatte, um seine Maßnahmen durchzusetzen, zog sich zurück. Einige folgten ihm, andere wiederum verlierten langsam aber unweigerlich in Gegensatz zu Ben Bella.

Im Taumel der Begeisterung der nationalen Befreiung wagte vor einem Jahr niemand, den Grundsatz der Einheitspartei anzugreifen. Heute ist die Situation anders. Die Einheitspartei wurde notwendigerweise zum Instrument der Herrschaft der durch die Umstände stark gewordenen Führer der Regierung. Die in einem Vorstadtkino "angenommene" neue Verfassung, die der Nationalversammlung nur zur Annahme, nicht zur Beratung vorgelegt wurde, soll die Rechtfertigung für Ben Bella abgeben. Verhaftungen, Behauptungen, wie die eines angeblichen israelischen Komplotts im Kabyllischen Bergland bilden die Begleitmusik.

Zweifelloos sind heute die einstigen "Freunde des algerischen Manifests", von denen auch Achmet Franzis und Eumenajell gehören, schwach, bildet doch das Kabyllische Bergland, das nicht arabisch versteht, heute keine Machtposition für dem im Ausland lebenden Belkassim Krim. Wie lange jedoch Ben Bella, Bumedien und ihre Freunde diesen Aderlaß an politischen Kräften aushalten, das ist eine andere Frage. Den Apotheker Ferhat Abbas als einen Vertreter der - in Algerien nicht existierenden - "Bourgeoisie" hinzustellen, wird kaum ausreichen, die Krise in Algerien zu überwinden.

Eine Kehrseite des Fortschritts

Von Bruno Kuster, Genf

Seit Babylon und den Pharaonen leiden in den heißen Ländern dieauern unter der Bilharzia, einer Wurmkrankheit, die den Organismus schwächt und ihn für andere, tödliche Erkrankungen anfällig macht. Die Zahl ihrer Opfer wird gegenwärtig auf 150 Millionen geschätzt. Der Bilharzia-Parasit entwickelt sich im stehenden Wasser und dringt in den Körper der Menschen, die mit ihm in Berührung kommen. Durch die Ausscheidungen wird das Wasser erneut infiziert, so daß der Kreislauf geschlossen ist.

Ursache: die Bewässerungsanlagen

In allen Dürregebieten der Welt werden gegenwärtig unter großem Kostenaufwand riesige Bewässerungsanlagen geschaffen, um die Lebenshaltung der Bevölkerung zu verbessern. Aber eine bittere Ironie will es, daß gerade diese kostspieligen Einrichtungen die Bilharziakrankheit zu einer Geißel werden ließen, die oft sogar die Malaria in den Hintergrund drängt. So wurden zum Beispiel im Bezirk Djezireh im Sudan vier Fünftel aller Kinder von der Bilharzia befallen, nachdem Bewässerungskanäle angelegt worden waren. Vorher trat die Krankheit nur ausnahmsweise auf. Seit einem Jahrhundert haben die großen Arbeiten zur Eindämmung des Nils und zur ständigen Überflutung großer Teile des ägyptischen Kulturlandes die Bilharzia derart begünstigt, daß sie zur größten Gefahr für den Gesundheitszustand der Fellachen wurde.

Verluste größer als der Nutzen

Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation führten zum Ergebnis, daß die von der Bilharzia angerichteten Verheerungen oft kostspieliger sind als die wirtschaftlichen Vorteile der Bewässerung. Allein in Ägypten wird die jährliche Einbuße von Produktivität auf 57 Millionen Dollar geschätzt.

Natürlich ist es unmöglich, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Man kann je länger desto weniger auf die Bewässerung verzichten. Deshalb müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die Bilharzia zu überwinden.

In fünf Jahren...

Die Forscher hoffen, bis in fünf Jahren neue Mittel zur Hand zu haben, die es gestatten werden, der Bilharzia wirksam entgegenzutreten zu können. Allerdings gibt es heute schon wirksame Medikamente, deren Anwendung aber nicht nur sehr teuer ist, sondern auch auf fast unüberwindliche praktische Schwierigkeiten stößt.

Da sich die Larven der Bilharziawürmer im Wasser nur entwickeln können, wenn sie sich als Parasiten in Mollusken festsetzen können, bemühen sich die Forscher, die Mollusken als Zwischenträger zu vernichten, um auf diese Weise den Fortpflanzungskreislauf zu unterbrechen.

Die Weltgesundheitsorganisation hat große Anstrengungen unternommen, um die Herstellung wirksamer und sicherer Giftstoffe zur Ausrottung der Mollusken zu fördern. Nicht weniger als zehn Chemieunternehmen und zwölf Laboratorien arbeiten an dieser Aufgabe. Verschiedene neue Stoffe, die sich in Laboratoriumsversuchen bewährten, werden gegenwärtig im Sudan, in Tanganjika, in Ägypten und in Südafrika praktisch erprobt. Bis zuverlässige Ergebnisse vorliegen, muß die Bekämpfung der Bilharzia mit den bisherigen, unzulänglichen Methoden fortgesetzt werden. - Der Fortschritt hat Kehrseiten, die in der Begeisterung über die Wunderwerke der Technik oft zu lange übersehen werden.